

29.9.2006 KIB

# Donnersberger Rundschau

## Rastanlage „Chance für die Region“

Landrat zu Projekt an A 63

► KIRCHHEIMBOLANDEN/STEINBACH. Die Errichtung einer Tank- und Rastanlage an der A 63 bei Steinbach „sehe ich positiv für die Entwicklung unserer Region. Sie bietet touristische und wirtschaftliche Chancen zur positiven Darstellung und wird darüber hinaus auch zu Arbeitsplätzen, gerade im niedrig qualifizierten Bereich, führen.“ Das sagte Landrat Werner gestern im Kreistag zu dem in Steinbach umstrittenen Bauprojekt, das vom Landesbetrieb Straßen und Verkehr (LSV) geplant wird.

FWG-Kreistagsmitglied Prof. Wolfgang Hofmeister hatte die Einwohnerfragestunde der gestrigen Kreistagssitzung genutzt, um zu erfragen, ob und inwiefern der Kreis in Planung und Gestaltung dieser Tank- und Rastanlage einbezogen ist oder Pläne bestehen, sich einzubringen.

Werner verwies darauf, dass der Kreis in Gesprächen über die Planung informiert worden sei und derzeit ein Planfeststellungsverfahren laufe. Ein Erörterungstermin für die Fachbehörden solle nach LSV-Auskunft noch im Herbst dieses Jahres erfolgen, so Werner. In Fahrtrichtung Mainz seien 163 Parkplätze vorgesehen, 123 sind es gegenüber in Fahrtrichtung Kaiserslautern, gab der Landrat Details an zur Größenordnung der Anlage. In ihrer eigenen Stellungnahme zur Planfeststellung habe die Kreisverwaltung eine Überarbeitung der landespflegerischen Vorgaben angeregt, Anstoß habe man daran genommen, dass die eigentliche Tankanlage nicht einbezogen worden sei in den landespflegerischen Ausgleich. Zudem sollten bestehende Gehölzstreifen nicht beeinträchtigt werden. Hingewiesen habe man auch auf die Bedeutung der Kaiserstraßensenke für den Vogelzug.

„Berechtigte Interessen beachten“

Der Landkreis wie auch der Donnersberger Touristik Verband (DTV) hätten großes Interesse daran, „den Rasthof für Werbemaßnahmen zu nutzen und die Betriebe, die regionale Produkte vermarkten, dort zu präsentieren“, so Werner weiter. Dazu habe er bereits Gespräche mit dem LSV geführt. Werner bezeichnete die Anlage auch als „zukunftsweisende Chance für die Region“. Gerade deshalb aber dürften „die berechtigten Interessen der Einwander nicht unberücksichtigt bleiben; ich hoffe, dass bei dem Erörterungstermin ein Konsens gefunden werden kann“, so Werner. Insgesamt waren im Planfeststellungsverfahren bis Ende der Einspruchsfrist im Juli letzten Jahres 195 Einwände gegen die Anlage von Bürgern vorgebracht worden (wir berichteten). (bke)